

N I E D E R S C H R I F T

22. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.02.2014
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:15 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herrn Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion
Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2014/0054/1.1
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2014/0055/1.1
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2014/0056/1.1
4. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen;
Verkehrssituation am Einkaufszentrum Mariadorf-Dreieck
Vorlage: 2014/0017/2.2
5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen; Verwendung von elektronischen Dokumenten in den Ratssitzungen
Vorlage: 2014/0011/I
6. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen; hier: Antrag auf Herstellung und Befestigung des alten Schulhofes an der hiesigen Grundschule (Osterfeldstr. Ecke Grabenstr.) der Siedler & Bürger Gemeinschaft Alsdorf Broicher-Siedlung 1935 e.V. vom 31.12.2013
Vorlage: 2014/0060/3.3
7. 5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008
Vorlage: 2014/0015/1.3
8. Wahlordnung für die Wahl der Migrantenvertreter/innen im Integrationsrat der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2014/0034/1.3
9. Bericht der Verwaltung über die Verwendung der Mittel aus der Gottfried-Wacker-Stiftung für das Jahr 2013
Vorlage: 2014/0036/3.1
10. Neufassung der Satzung über die Inanspruchnahme von Leistungen der öffentlichen Feuerwehr der Stadt Alsdorf und über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren (Feuerwehrsatzung)
Vorlage: 2014/0037/6.2
11. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 28 nach § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NRW Dienstreisen nach Sankt Augustin;
hier: 78. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 05.12.2013
Vorlage: 2013/0659/1.1

12. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2014/0057/1.1

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2014/0054/1.1

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders eröffnet gegen 18:00 Uhr die 22. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf.

Er begrüßt

- die Mitglieder des Hauptausschusses,
- die als Gäste anwesenden Damen und Herren Stadtverordneten:
Frau Stv. Hinkelmann und die Herren Stv. Altdorf, Held und Schlösser, SPD-Fraktion,
Frau Stv. Wienold und Herrn Stv. Maul, CDU-Fraktion,
Frau Stv. Schongen, GRÜNE-Fraktion,
Herrn Stv. Nevelz, FWA-Fraktion,
Herrn Stv. Lüsgens, REP-Fraktion,
- des Weiteren die anwesenden Zuhörer/innen und den Vertreter der Presse
- sowie folgende Mitarbeiter/innen der Verwaltung: Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5, Herrn Göttgens, FB 4, Herrn Jordans und Frau Rietz, FG 1.1, Herrn Müller, FG 5.3, Frau Beylich, städt. Rechnungsprüfungsamt, Frau Scheefe, FG 1.1 – Schriftführerin.

Er stellt fest, dass mit Einladung vom 04.02.2014 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Hieran anschließend gibt Herr Bürgermeister Sonders folgende Informationen zur Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

TOP 6

Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW;
hier: Antrag auf Herstellung und Befestigung des alten Schulhofes an der hiesigen Grundschule (Osterfeldstr. Ecke Grabenstr.) der Siedler & Bürger Gemeinschaft Alsdorf Broicher-Siedlung 1935 e.V. vom 31.12.2013
Vorlage: 2014/0060/3.3.

Mit den vorgetragenen Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Folgende mündliche Anfragen werden angekündigt:

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion – 1 Anfrage im öffentlichen Sitzungsteil

Befangenheit

Auf Nachfrage von Herrn Bürgermeister Sonders erklärt sich **Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion**, befangen zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4 im nichtöffentlichen Sitzungsteil.

zu 2 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2014/0055/1.1

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2014/0056/1.1

Protokoll:

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand in der Angelegenheit „Uhren für ZOB und ZUP“, TOP 5 und 6 aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.08.2007.

Hierzu informiert **Herr Bürgermeister Sonders**, dass ein Antrag an AVV/ASEAG gestellt worden sei auf Installation von digitalen Anzeigetafeln auf beiden Bushöfen. Dieser Antrag sei bewilligt worden. Es werde damit gerechnet, dass die Installation voraussichtlich im II. Quartal 2014 erfolgen werde. Da diese Anzeigetafeln bereits Uhren enthalten, erübrige sich eine zusätzliche Installation, so dass es nach neuestem Stand nicht mehr erforderlich sei, das bisherige Sponsorenangebot umzusetzen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschlüsse sowie über noch nicht ausgeführte Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

Protokoll:

Zu diesem Bürgerantrag merkt **Herr Bürgermeister Sonders** an, dass Forderungen aus dem Antrag bereits vor Eingang des Antrages an entsprechender Stelle angesprochen wurden. Vor diesem Hintergrund sei die Formulierung „überholt“ im Beschlussvorschlag zu verstehen. Verbesserungen seien zum Teil auch schon erfolgt. So sei z.B. ein behindertengerechter Zugang mit Handlauf fertiggestellt worden. Weitere Maßnahmen würden in den nächsten Wochen fortgeführt. Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang jedoch, dass baurechtlich nur die Dinge gefordert werden konnten, die im Zusammenhang mit einem behindertengerechten Zugang stehen. Der Vorschlag der Verwaltung sei, die gesamte Angelegenheit zur weiteren Begleitung noch erforderlicher Maßnahmen an den Ausschuss für Stadtentwicklung (AfS) zu verweisen.

Seitens der **GRÜNE-Fraktion** stimmt **Herr Stv. Heidenreich** zu, die weitere Bearbeitung des Bürgerantrages an den AfS zu verweisen. Seiner Meinung nach fehle jedoch noch eine Absturzsicherung an der Fußgängerrampe zum Anschluss an den ALDI.

Hierzu entgegnet **Herr Erster Beigeordneter Kahlen**, seines Wissens sei diese bereits abgenommen.

Herr Stv. Heidenreich schlägt vor, zur Klärung dieses Sachverhaltes noch einmal telefonisch Kontakt aufzunehmen.

Nachfolgend bezieht sich **Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion**, auf die grundsätzliche Situation am Dreieck in Alsdorf-Mariadorf. Bürger/innen hätten z.B. Beschwerde geführt über die Ampelschaltung an der Poststraße. Diese sei nicht optimal mit der Anlage im Kreuzungsbereich koordiniert. Zudem sei die Radwegführung vom Dreieck aus in Richtung Poststraße ungünstig, so dass es hier möglicherweise zu gefährlichen Verkehrssituationen kommen könne. Außerdem sei ein Rückstau von Würfeln kommend zu beobachten.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen führt aus, grundsätzlich sei im Vergleich zum Zustand vor der Baumaßnahme eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation am Mariadorfer Dreieck festzustellen. Unabhängig davon würden die angesprochenen Punkte natürlich weiter beobachtet, um ggf. weitere erforderliche Verbesserungen vorzunehmen. Zunächst solle jedoch erst einmal die Wiedereröffnung des ALDI an der Luisenstraße abgewartet werden, da zu vermuten sei, dass sich dann die Situation in Alsdorf-Mariadorf entspanne.

Beschluss:

Der Bürgerantrag ist überholt. Die aufgestellten Forderungen werden durch die von der Verwaltung im Ausschuss für Stadtentwicklung erläuterten Problemlösungen, die der Investor umsetzen will, erfüllt. Der Hauptausschuss verweist die Angelegenheit zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Stadtentwicklung, in dem regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten zum Sachstand berichtet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 5 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen; Verwendung von elektronischen Dokumenten in den Ratssitzungen
Vorlage: 2014/0011/I

Protokoll:

Zu vorbezeichneter Angelegenheit informiert **Herr Bürgermeister Sonders**, dass zu diesem Thema bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen eine sehr umfangreiche Sachdarstellung durch die Verwaltung erarbeitet worden sei. Als Ergebnis sei u.a. festgestellt worden, dass Tablets bzw. Laptops für ca. 160 Personen (Stadtverordnete und sachkundige Bürger) zur Verfügung gestellt werden müssten. Vor dem Hintergrund, dass nicht jeder aus dem o.a. Personenkreis letztlich auch mit dieser Technik arbeiten würde, stelle dies einen zu hohen Kostenfaktor dar.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, führt aus, eine Umsetzung des Bürgerantrages sei einerseits zwar wünschenswert, andererseits könne den Ausführungen des Bürgermeisters beigelegt werden. Allerdings sei seine Fraktion der Auffassung, dass man zu einer deutlichen Papierreduzierung kommen müsse. Seines Erachtens müsste es z.B. möglich sein, besonders umfangreiche Sitzungsunterlagen nicht nur für die Nutzung in einem Ausschuss zu drucken, sondern diese darüber hinaus z.B. für die Sitzungen des Rates der Stadt noch einmal zu verwenden.

Herr Bürgermeister Sonders bietet an, nach der kommenden Kommunalwahl mit dem neu gewählten Personenkreis die Möglichkeiten einer Reduzierung der Sitzungsunterlagen noch einmal zu überlegen. Ganz auf Papier zu verzichten, sei jedoch derzeit noch nicht realisierbar. Abschließend weist er darauf hin, dass es über das Ratsinformationssystem auch jetzt schon für jeden Kommunalpolitiker, der dies möchte, möglich ist, mit elektronischen Sitzungsunterlagen zu arbeiten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss stellt fest, dass die angeregten elektronischen Sitzungsunterlagen seit Oktober 2009 regelmäßig zur Verfügung stehen. Dem Bürgerantrag nach § 24 GO NRW ist somit bereits entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 6 **Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen; hier: Antrag auf Herstellung und Befestigung des alten Schulhofes an der hiesigen Grundschule (Osterfeldstr. Ecke Grabenstr.) der Siedler & Bürger Gemeinschaft Alsdorf Broicher-Siedlung 1935 e.V. vom 31.12.2013**
Vorlage: 2014/0060/3.3

Protokoll:

Zu diesem Bürgerantrag informiert **Herr Bürgermeister Sonders**, bei dieser Maßnahme gehe es nicht um eine Neuschaffung eines Dorfplatzes, sondern um die ordnungsgemäße Wiederherstellung und Befestigung des alten Schulhofes der Grundschule, der immer schon der Ortsmittelpunkt gewesen sei. Dieses Anliegen sei auch ein Ergebnis der Stadtteilkonferenz gewesen. Die Absicht des Antrages der Siedler & Bürger Gemeinschaft sei es, einen Anstoß zu geben, um diesen Platz mit relativ einfachen Mitteln wieder als Begegnungsstätte für alle Bewohner des Stadtteils nutzbar zu machen. Im Detail gehe es im Wesentlichen darum, die Resthecke zu entfernen, um dadurch einen offenen Platzcharakter zu schaffen, die Glascontainer zur Straße hin umzusetzen, die Restasphaltflächen zu entfernen, Bodenfließ und Edelsplitt aufzubringen, um eine verkehrssichere glatte Fläche zu bekommen. Ferner soll quer über den Schulhof ein gepflasterter Weg angelegt werden. Es sei beabsichtigt, Material bzw. Arbeitsleistung auch durch Sponsoren zu beschaffen bzw. durch Eigenleistung zu erbringen. Der Ortsteil wolle sich auch an der Aktion „Unser Dorf soll schöner werden“ beteiligen. Eines der Bewertungskriterien dabei sei auch das Vorhandensein eines Platzes, der als Dorfplatz genutzt werden kann.

Seitens der **CDU-Fraktion** führt **Herr Stv. Brandt** aus, das Engagement der Vereinsmitglieder sei sehr zu begrüßen und spricht sich dafür aus, den Beschluss zu fassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme gehe er davon aus, dass die Stadt die Verkehrssicherungspflicht behalte.

Auch seitens der **Herren Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, Loosz, SPD-Fraktion, Weber, REP-Fraktion und Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**, wird der Antrag unterstützt.

Herr Stv. Loosz merkt an, dass die Resthecke wegen der gesetzlichen Fristen zum Heckenschnitt kurzfristig entfernt werden müsse.

Herr Stv. Heidenreich weist darauf hin, dass für den Wegfall der Hecke ein ökologischer Ausgleich geschaffen werden sollte.

Herr Bürgermeister Sonders schlägt abschließend vor, heute den Beschluss zu fassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und die Realisierung des Vorhabens unter Mitnutzung von Sponsorenmitteln umzusetzen. Für den Fall, dass etwas nicht darüber abgedeckt werden kann, könne im Rahmen der Indexmittel der vor Ort befindlichen Schule gearbeitet werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und die Realisierung des Vorhabens unter Maßgabe folgender Kriterien umzusetzen:

- Verwendung finanzieller Eigenmittel und Manpower der Siedler & Bürger Gemeinschaft,
- was nicht über Sponsoring abgedeckt werden kann, im Rahmen der Indexmittel der vor Ort dort befindlichen Schule abzudecken,
- die Hecke kurzfristig zu entfernen wegen der rechtlichen Vorschriften zum Heckenschnitt,
- ökologischen Ausgleich zur Hecke schaffen.
- Die Stadt behält die Verkehrssicherungspflicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 7 **5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008**
Vorlage: 2014/0015/1.3

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass Art. II der Entwurfsfassung wie folgt zu ändern ist:

*„Diese 5. Änderung der Hauptsatzung tritt am Tage **nach der Bekanntmachung in Kraft.**“*

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt fasst folgenden Empfehlungsbeschluss an den Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die 5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf in der als Anlage zur Originalniederschrift beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 8	Wahlordnung für die Wahl der Migrantenvertreter/innen im Integrationsrat der Stadt Alsdorf Vorlage: 2014/0034/1.3
------	--

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt fasst folgenden Empfehlungsbeschluss an den Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die Wahlordnung für die Wahl der Migrantenvertreter/innen im Integrationsrat der Stadt Alsdorf (Anlage zur Originalniederschrift).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 9	Bericht der Verwaltung über die Verwendung der Mittel aus der Gottfried-Wacker-Stiftung für das Jahr 2013 Vorlage: 2014/0036/3.1
------	---

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Art und Umfang der Verwendung der Mittel zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

Einstimmig.

zu 12 **Anfragen und Mitteilungen**
Vorlage: 2014/0057/1.1

Protokoll:

Schriftliche Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 20.01.2014;
hier: Durchführung der Integrationsratswahlen

Mündliche Anfrage von Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;
hier: Beschädigte Fahrbahndecken in den Straßen „Flözstraße“,
„Mühlengracht“, „Willy- Brandt- Ring“, „Am Kraftwerk“ und „Am Sägewerk“

Schriftliche Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 20.01.2014;
hier: Durchführung der Integrationsratswahlen

Auf die einzelnen Fragen antwortet **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** wie folgt:

Frage 1:

Wie ist der Stand der Vorbereitungen für die Integrationsratswahlen und was sind die nächsten Schritte?

Antwort:

Die Vorbereitungen der gemeinsamen Durchführung von Europa-, Kommunal- und Integrationsratswahlen am 25. Mai d.J. sind bereits in vollem Gange. Aktuell sind alle zum heutigen Tag möglichen Vorbereitungen getroffen. Wir befinden uns deutlich im „grünen Bereich“. In der heutigen Sitzung des Rates soll durch Beschlussfassung die Hauptsatzung an die Neuregelungen der Gemeindeordnung angepasst werden. Gleichzeitig wird eine Wahlordnung beschlossen, die es uns ermöglicht, die Integrationsratswahl von denselben Wahlvorständen durchzuführen, wie die übrigen Wahlen. D. h., die Integrationsratswahlen laufen in den gleichen Wahllokalen zeitgleich ab.

Die nächsten Schritte sind dann:

- Bekanntmachung der Hauptsatzungsänderung und der Wahlordnung im Amtsblatt am 26. Februar 2014,
- Inkrafttreten der Wahlordnung somit am 27. Februar 2014,
- Herausgabe von Wahlvorschlagsformularen unmittelbar ab Inkrafttreten der Wahlordnung, d.h. ab dem 27. Februar 2014,
- Entgegennahme von Anträgen auf Eintragung in das Wählerverzeichnis für die Integrationsratswahl ab dem 27. Februar 2014 bis spätestens 13. Mai 2014,

- Bekanntmachung „Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Integrationsratswahl“ im Amtsblatt am 6. März 2014,
- Ende der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge ist Montag, der 7. April 2014, 18:00 Uhr,
- Wahlausschuss zur Zulassung der Wahlvorschläge am 9. April 2014,
- Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge am 17. April 2014,
- Erstellung der Wählerverzeichnisse am Osterwochenende (24.-27.04.2014),
- Abwicklung der Briefwahanträge im Zeitraum 28.04. - 23.05.2014,
- Durchführung der Wahl am 25. Mai 2014,
- Ergebnisfeststellung im Wahlausschuss am 28. Mai 2014,
- Wahlprüfungsausschuss am 10. September 2014,
- Endgültiger Ratsbeschluss über die Gültigkeit der Integrationsratswahl in der Sitzung am 23.10.2014.

Frage 2:

Wie soll für die Wahlen zu den Integrationsräten geworben und informiert werden?

Frage 3:

Wie wird gewährleistet, dass diejenigen, die sich in das Wählerverzeichnis eintragen lassen müssen, hiervon informiert werden?

Antwort:

Neben der Wahlwerbung durch die Kandidaten und Bewerberlisten selber, werden die Wahlberechtigten, die von Amts wegen in das Wählerverzeichnis eingetragen werden, natürlich per Wahlbenachrichtigung über die Wahl informiert. Darüber hinaus wird mittels eines Presseaufrufs der Personenkreis, der zwar wahlberechtigt ist, aber nicht von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen ist (z.B. eingebürgerte Migranten), über die Möglichkeit informiert, bis zum 13. Mai 2014 die Aufnahme in das hiesige Wählerverzeichnis zu beantragen.

Dieser Presseaufruf, so Herr Erster Beigeordneter Kahlen, sei heute den hier anwesenden Pressevertretern übergeben worden. Es würde ihn freuen, wenn in den kommenden Wochen mehrfach in geeigneter Weise über die Integrationsratswahl und die neuen Möglichkeiten der Stimmabgabe berichtet würde.

Frage 4:

Wird die Stimmabgabe in denselben Wahllokalen, in denen auch die Kommunal- und Europawahlen stattfinden sollen, ermöglicht?

Antwort:

Mit dem heutigen Beschluss der Wahlordnung eindeutig JA!

Frage 5:

Ist eine Anpassung der Wahlordnung in Bezug auf Stellvertreterregelungen und bezüglich der Auszählung der Stimmen geplant?

Antwort:

Die heute im Rat zur Abstimmung gestellte Wahlordnung und die Anpassung der Hauptsatzung beinhalten die erforderlichen Regelungen, um für die neu zu wählenden Migrantenvvertreter auch Stellvertreter mit wählen zu lassen. Darüber hinaus ist die zentrale Auszählung der Stimmen im Rathaus vorgesehen, um die Abstimmung in den 29 Wahllokalen der Stadt zu ermöglichen und gleichzeitig das Wahlgeheimnis gerade in kleineren Stimmbezirken zu wahren.

Frage 6:

Wie werden Interessentinnen und Interessenten, die sich zur Wahl stellen wollen, bei der Aufstellung der Listen unterstützt?

Antwort:

Für die Wahlvorschläge sind amtliche Formulare zu verwenden, die beim Wahlamt der Stadt Alsdorf erhältlich sind. Dort erfolgt bei der Übergabe dieser Unterlagen immer eine ausführliche Beratung. Daneben ist es so, dass die vorliegende Wahlordnung keine übermäßigen Anforderungen an die einzureichenden Unterlagen stellt, so dass davon auszugehen ist, dass jeder, der ernsthaft einen Wahlvorschlag einreichen will, dies auch kann.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bedankt sich für die umfassende Antwort. Zusätzlich möchte er wissen, ob der angesprochene Presseaufruf auch über das kostenlose Wochenblatt erfolge.

Hierzu antwortet **Herr Bürgermeister Sonders**, dass sämtliche Presseinformationen grundsätzlich immer an alle einschlägigen Medien verschickt würden.

Herr Stv. Heidenreich merkt an, es wäre schön, wenn die Verwaltung nach Möglichkeit darum bitten könnte, dass diese Presseinformation rechtzeitig erscheint.

Im Weiteren geht **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** auf die häufig gestellte Frage ein, in welcher Reihenfolge die Auszählung am 25. Mai erfolgt. Dies sei wie folgt geregelt:

1. Europawahl
2. Städteregionsrat
3. Städteregionstag
4. der Bürgermeister
5. Stadtrat
6. Integrationsrat

Falls eine Stichwahl für den Städteregionsrat bzw. für den Bürgermeister erforderlich wird, würde diese am 15. Juni 2014 stattfinden.

**Mündliche Anfrage von Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;
hier: beschädigte Fahrbahndecken in den Straßen „Flözstraße“,
„Mühlengracht“, „Willy- Brandt- Ring“, „Am Kraftwerk“ und
„Am Sägewerk“**

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, führt aus, er habe mit Datum vom 16.10.2013 eine schriftliche Anfrage zur Thematik beschädigter Fahrbahndecken in den Straßen „Flözstraße“, „Mühlengracht“, „Willy- Brandt- Ring“, „Am Kraftwerk“ und „Am Sägewerk“ eingereicht. Vom Fachbereich 4.3 habe er lediglich eine Eingangsbestätigung erhalten, jedoch keine konkrete Antwort auf seine Anfrage.

Herr Bürgermeister Sonders sagt zu, diese Frage über die Niederschrift zu beantworten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Anfrage der REP-Fraktion vom 16.10.2013 ist beim FG 4.3 – Hoch,- Tiefbau und Verkehrsplanung am 07.11.2013 eingegangen und wurde mit Schreiben vom 15.11.2013 ausführlich beantwortet.

Gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Scheefe
Schriftführerin